4.

Reichsaufsicht im künftigen Strafvollzuge?

Von Dr. Gennat in Charlottenburg.

Wie bekannt sein dürfte, hat eine Kommission des Vereins der deutschen Strafanstaltsbeamten im Jahre 1911 Vorschläge (I) zu einem Strafvollzugsgesetze ausgearbeitet und veröffentlicht¹⁾ und eine verstärkte Kommission, der der Wirkliche Geheime Rat Professor Dr. v. Jagemann als Vorsitzender mitangehört hat, zu Ende vorigen Jahres neue Vorschläge (II) vorgelegt²⁾. Zu den Vorschlägen beider Lesungen erschienen Besprechungen. Zwei der zu den Vorschlägen I ergangenen vermißten eine Reichsaufsicht. Von mir wurde geltend gemacht, der Bau laufe in keine Spitze aus, die die Einheitlichkeit schon nach außen sichtbar verbürge. Daß sie zu bilden stehe in erster, wie sie zu bilden in zweiter Reihe. Die Reichsbehörde habe insbesondere die Hausordnungen sich anzusehen und die Anstalten nachzusehen³⁾. Der Geheime Regierungsrat und Strafanstaltsdirektor Reich verlangte eine fachlich eingeweihte oder beratene Stelle im Bundesrate, weil jemand da sein müsse, der über etwaige Anträge auf Abänderung nicht mehr zeitgemäßer Bestimmungen oder über strittige Punkte entscheide. Ob der Zentralstelle Kontrollbefugnisse einzuräumen seien, solle unerörtert bleiben⁴⁾.

Die Begründung der Vorschläge II setzt sich über Reichs und mein Verlangen mit den Worten hinweg, die Kommission habe sich von der Notwendigkeit und Nützlichkeit einer Reichskontrolle nicht überzeugen können⁵⁾. Das genügte mir nicht, weshalb ich die Einstellung eines Paragraphen forderte, dessen beide erste Sätze die Beaufsichtigung des Strafvollzuges und der Ausführung der sichernden Maßnahmen durch das Reich und die Ausübung dieser Aufsicht durch

¹⁾ Blätter f. Gefängniskunde Bd. 45 Sonderheft mit längerer Einleitung, aber Begründung nur einiger Stellen in kurzen Anmerkungen.

²⁾ Das. Bd. 47 Sonderheft A, mit ausführlicher Einleitung und Begründung das. Sonderheft B.

³⁾ Das. Bd. 46 S. 319. ⁴⁾ Das. Bd. 47 S. 10.

⁵⁾ Das. Bd. 47 Sonderheft B S. 82.

den Reichskanzler (Reichsjustizamt) begehren. Ich rechtfertigte dies und angeschlossene Einzelbestimmungen mit der folgerichtigen Durchführung der möglichsten Vereinheitlichung des als Ausfluß des gemeinsamen Strafgesetzbuches sich darstellenden Strafvollzugsrechtes⁶⁾.

Eine der Feder v. Jagemann's entstammende Besprechung der Vorschläge II⁷⁾ wendet sich gegen Reich und mich mit dem Hinweis darauf, daß viele Reichsgesetze der besonderen Reichsaufsicht entbehren, und mit der Behauptung, es könne sich nur um einen formalistischen Apparat handeln, der Geld kosten und Schablonenarbeit leisten werde⁸⁾. Aber jene Aufsicht besteht für andere Gesetze und leistet da mehr als Schablonenarbeit. Sie wird bei richtiger Bemessung der Befugnisse nicht auf bloßen Formalismus hinauslaufen und besonders erhebliche Kosten nicht verursachen. Wenn es lediglich darauf ankäme, daß, was niemand bezweifelt, die Einzelstaaten ihren Verpflichtungen aus einem Reichsgesetze nach Kräften nachkommen werden⁹⁾, dann erübrigt sich eine Reichsaufsicht auch sonst und überhaupt. Den Zusammenhang des Satzes, die wichtigere und wichtigste Reichsförderung sei, den Gliedstaaten nicht die direkten Steuerquellen wegzunehmen, aus denen allein sie die Möglichkeit zu emfiger Erfüllung von Kulturaufgaben schöpfen können⁹⁾, mit dem vorliegenden Gegenstande vermag ich nicht recht einzusehen.

Er hat die Hamburger Tagung des Strafanstaltsbeamtenvereins am 26. Mai d. J. beschäftigt und Ablehnung erfahren. Überzeugende Gründe dafür habe ich freilich nicht vernommen. Denn daß die Reichsaufsicht nicht ein Mißtrauen gegenüber dem guten Willen und der Gewissenhaftigkeit der Bundesstaaten hinsichtlich der Ausführung des Strafvollzugsgesetzes⁹⁾ sein soll, versteht sich von selbst, abgesehen davon, daß ja sonst von einem Mißtrauen auch da gesprochen werden müßte, wo das Reich schon jetzt die Ausführung seiner Gesetze beaufsichtigt. Daß ferner die Reichsaufsicht nicht sehr wirkungsvoll sein werde und die Reichsverfassung eine genügende Kontrolle durch das Reich gewährleiste, zumal dem Bundesrate durch die Vorschläge

⁶⁾ Das. Bd. 48 S. 115.

⁷⁾ In der Deutschen Strafrechtszeitung Heft 1/3 Spalte 15 ff.

⁸⁾ Das. Spalte 22.

⁹⁾ Geheimer Oberregierungsrat Dr. v. Engelberg, Mitglied der verstärkten Kommission. Siehe seinen Bericht in der Deutschen Strafrechtszeitung Heft 7 Spalte 435, wo er diesen Grund in das Feld führt, der bei Klein — Anm. 10 — fehlt.

ein weitgehendes Verordnungsrecht eingeräumt sei¹⁰⁾, sind Dinge, die ich teils eben besprochen habe, teils in anderm Zusammenhange besprechen werde. Warum endlich die Reichsaufsicht nicht möglichst sofort durchführbar sein würde¹¹⁾, leuchtet mir nicht ein.

Zu dem von anderer Seite¹²⁾ aufgeworfenen Zweifel, ob das Reichsjustizamt bei seiner gegenwärtigen Gestaltung in der Lage sein werde, die ihm angesonnene — wie ich zugebe, umfangreiche — Aufgabe zu übernehmen, hat, was wohl zu verstehen, keiner der beiden Vertreter dieser Behörde sich geäußert. Es käme also darauf an, wie sie sich verhielte, und vor der Hand sehe ich nicht ein, warum das kleinste der obersten Reichsämter bei angemessener Verstärkung seiner Kräfte das Mehr an Arbeit nicht sollte bewältigen können¹³⁾.

Unter Preisgabe der Einzelheiten¹⁴⁾, die lediglich zu zeigen bezweckten, wie ich mir die Durchführung der Reichsaufsicht denke, die mithin enger oder weiter oder überhaupt anders festgesetzt werden

¹⁰⁾ Derf. Siehe den Bericht des Ersten Staatsanwalts Klein, Mitgliedes beider Kommissionen, über die Versammlung in der Deutschen Juristenzeitung Bd. 19 Spalte 808. Der Bericht gibt die Anträge und Beschlüsse wieder, ohne zu einem jener oder dieser Stellung zu nehmen.

¹¹⁾ Derf. das.

¹²⁾ Geheimer Oberjustizrat Blaschke.

¹³⁾ Beispiels halber hat es bereits den Entwurf eines Strafvollzugsgesetzes vom 19. März 1879 (Blätter f. Gefängnisfunde Bd. 14 S. 1 ff.), die Grundsätze des Bundesrats für den Vollzug gerichtlicher Freiheitsstrafen vom 28. Oktober 1897 (das. Bd. 31 S. 467 ff.) und die Denkschrift über die Beschäftigung der Gefangenen vom 22. Februar 1907 (das. Bd. 41 S. 293 ff.) ausgearbeitet. Da sich annehmen läßt, daß an die Wahrnehmung der dem Reichskanzler in § 42 jenes Entwurfes beigelegten Befugnisse — siehe oben Ziff. 2b — durch das Reichsjustizamt gedacht war, ist die Meinung gerechtfertigt, es habe damals keine Bedenken gegen den Zuwachs seiner Zuständigkeit gehegt.

¹⁴⁾ Ich hatte dem Paragraphen folgende Fassung gegeben:

Der Strafvollzug und die Ausführung der sichernden Maßnahmen unterstehen der Beaufsichtigung durch das Reich. Sie wird durch den Reichskanzler (Reichsjustizamt) ausgeübt und erfolgt insbesondere durch tunlich häufige Besichtigungen der Anstalten, Abteilungen, Räume und Einrichtungen. Über dabei vorgefundene Mängel beschließt der Bundesrat nach Anhörung der Landesregierung. Landesrechtliche Vorschriften von allgemeiner und zugleich grundsätzlicher Bedeutung, insbesondere Hausordnungen, sind dem Reichskanzler (Reichsjustizamte) tunlichst vor dem Erlasse mitzuteilen. Er hat, soweit tunlich, auf Einheitlichkeit und Gleichmäßigkeit innerhalb des Reiches hinzuwirken.

mögen, unter Festhaltung an solcher Aufsicht also nur im Grundsätze, machte und mache ich geltend:

1. Ohne Reichsaufsicht fehlt dem Strafvollzugsgesetze der Schlußstein, der dem formalen und dem materiellen bürgerlichen und militärischen Strafrechte im Reichsgerichte und im Reichsmilitärgerichte gegeben ist. Das Strafvollzugsgesetz kommt einer Art Ausführungsgesetz zum StGB. gleich.

2a. Schon ein Reichstagsbeschluß vom 4. März 1870¹⁵⁾ fordert die Einsetzung einer Bundesbehörde zum Zwecke oberster Aufsicht über sämtliche Angelegenheiten der Straf- und Besserungsanstalten, während ich mich bei der Angliederung an eine bestehende Stelle bescheide. Damit hätte sich aber wohl auch der Reichstag begnügt, wenn es schon damals mehr Bundesämter und namentlich ein solches für das Justizwesen gegeben hätte.

Der Beschluß billigt den zweiten Teil eines Antrages, dessen erster — ebenfalls angenommener — Teil die Vorlegung eines Strafvollzugsgesetzes verlangt. Der Abgeordnete Adernann wollte zwar Zurückhaltung in der Schaffung von Bundesbehörden geübt wissen und verwies auf den dem Art. 17 der Reichsverfassung gleichbezahlten und sachlich gleichlautenden Art. 17 der Verfassung des Norddeutschen Bundes, Grund dessen jene Behörde sich erübrige¹⁶⁾, der Abgeordnete Lasker aber leitete aus ihm gerade die Notwendigkeit der Schaffung eines Organes des Bundeskanzlers her und bezeichnete eine einheitliche Aufsichtsbehörde als etwas ganz Selbstverständliches. Ohne sie und ohne ein einheitliches Gesetz über die Strafvollstreckung schaffte man Worte ohne Geist, Ausdrücke ohne bestimmten Sinn und Inhalt¹⁷⁾. Dem Abgeordneten Miquel erschien sogar der noch weitergehende Schritt, wegen der künftigen Einheitlichkeit des Strafgesetzes die Gefangenenhäuser zu Bundesanstalten zu machen, richtig. Jedenfalls komme es vorzugsweise auf eine gleichmäßige Obergufsicht an, weil selbst ein sehr in das Einzelne gehendes Gesetz, ohne daß von Mißbräuchen geredet werden könne, die größten Verschiedenheiten in der Ausführung nicht abzuschneiden vermöge. Nur eine nach gleichen Grundsätzen handelnde Obergufsicht könne eine einheitliche gleichmäßige Behandlung der Strafgefangenen in den einzelnen Ländern

¹⁵⁾ Stenographische Berichte des Reichstages des Norddeutschen Bundes von 1870 S. 189.

¹⁶⁾ Daf. S. 183. ¹⁷⁾ Daf. S. 183.

erzielen¹⁸⁾. Noch schärfer brückte sich der Abgeordnete Graf v. Schwerin-Putzar aus, für den die Schaffung einer obersten Bundesbehörde, die darauf sehe, daß das Strafvollzugsgesetz ausgeführt werde, dessen absolut notwendige Ergänzung war¹⁹⁾.

Während noch andere Redner für die Sache sprachen, wurde, abgesehen vom Abgeordneten Udermann, namhafter Widerspruch aus dem Hause kaum erhoben. Die Regierungsvertreter Justizminister Dr. Leonhardt und Präsident Dr. Friedberg hielten dieser die Zeit für ein Strafvollzugsgesetz für noch nicht gekommen²⁰⁾, jener die Bundesaufsicht für solange nicht am Platze, als Gerichtsverfassung und Strafverfahren nicht geregelt seien²¹⁾. Beides trifft seit langem nicht mehr zu.

2b. Sodann enthält der acht Strafvollzugsbeamten zur Prüfung vorgelegte Entwurf eines Gesetzes wegen Vollstreckung der Freiheitsstrafen²²⁾ in § 42 die Bestimmung:

Behufs Überwachung der vorschritzmäßigen Strafvollstreckung ist der Reichszankler befugt, über die Einrichtungen und Maßregeln, welche sich auf die Strafvollstreckung beziehen, Auskunft zu erfordern oder durch Entsendung von Kommissarien sich zu unterrichten.

Die Begründung bemerkt dazu, daß die Reichsverfassung die zur Sicherung einer der Absicht des Gesetzgebers entsprechenden Ausführung des Gesetzes erforderlichen Handhaben biete, hält aber dennoch die Aufnahme des § 42 unter Hinweis auf ähnliche Vorschriften und auf Art. 36 (Abs. 2) und Art. 63 (Abs. 3 Satz 2) der Reichsverfassung für zweckmäßig²³⁾.

Der Entwurf wurde dem Justizausschusse des Bundesrats überwiesen und § 42 von diesem mit vier gegen drei Stimmen in erster Lesung angenommen, in zweiter gestrichen, letzteres, weil er sowohl im Hinblick auf Art. 4 und Art. 17 der Reichsverfassung entbehrlich sei, als auch dem § 7 des Entwurfes, nach dem das Oheraufsichtsrecht den Landesregierungen gebühre, widerspreche. Die Entsendung von Kommissarien werde zwar im Einverständnis mit den Landes-

¹⁸⁾ Das. S. 180. ¹⁹⁾ Das. S. 187. ²⁰⁾ Das. S. 179. ²¹⁾ Das. S. 181.

²²⁾ Bgl. Anm. 13 und dazu Drucksachen des Bundesrates von 1879 Nr. 56 S. 15.

²³⁾ Drucksachen des Bundesrats von 1879 Nr. 56 S. 59.

regierungen erfolgen, falls aber der Umfang der aus Art. 17 sich ergebenden Befugnisse streitig werden sollte, sei es bedenklich, wenn eine Entscheidung für einen Einzelfall getroffen worden sei. Der Selbständigkeit der Bundesstaaten drohe daher Gefahr²⁴⁾.

Der Bericht ist im Bundesrat nicht erledigt worden.

2c. Ferner spricht der Strafanstaltsdirektor Tauffer in einer Beurteilung des Entwurfes sich dahin aus, ein einheitlicher oder doch möglichst gleichartiger Strafvollzug erfordere — wenigstens in den prinzipiellen Sachen — eine einheitliche Leitung²⁵⁾, und hat der Strafanstaltsdirektor v. Sichart den § 42 wörtlich und ohne Begründung, die er sonst gibt, hier aber — offenbar, weil die Sache selbstverständlich — für unnötig gehalten hat, als § 79 in seinen Entwurf eines Gesetzes über den Vollzug der Freiheitsstrafen für das Deutsche Reich (1892) aufgenommen.

Weiterhin empfiehlt Professor Dr. Goldschmidt in der Vergleichenden Darstellung des deutschen und ausländischen Strafrechtes Allgemeiner Teil Bd. 4 (1908) S. 396 eine Beaufsichtigung des Strafvollzuges durch den Reichskanzler und daneben die Einsetzung eines Reichsgefängnisrates und wird in einem seiner Vorträge für den 30. Juristentag (1910) die Bildung eines obersten Reichsorgans zur Kontrolle des Freiheitsstrafvollzuges in Aussicht genommen²⁶⁾.

Endlich ist in dem von ihm und den Professoren Dr. Rahl, Dr. v. Liszt und Dr. v. Lilienthal ausgearbeiteten Gegenentwurf zum Vorentwurfe eines deutschen Strafgesetzbuches (1911) eine Bestimmung aufgenommen, die bis auf die Änderung „Freiheitsstrafvollzuges“ statt „Strafvollstreckung“ und Einschaltung des Wortes „getroffenen“ vor „Einrichtungen“ mit § 42 Buchstabe für Buchstabe übereinstimmt (§ 53 Abs. 2 Satz 1). Außerdem soll aber ein Reichsgefängnisrat eingesetzt werden (daf. Satz 2)²⁷⁾. Die Begründung bemerkt, der Paragraph werde kaum der Recht-

²⁴⁾ Bericht vom 12. Januar 1880 in den Drucksachen des Bundesrats von 1880 Nr. 5 S. 17.

²⁵⁾ Gerichtssaal Bd. 31 (1879) S. 219.

²⁶⁾ Verhandlungen Bd. 2 S. 522.

²⁷⁾ Ein Vorschlag, der von mir besonders begrüßt worden ist (Blätter f. Gefängniskunde Bd. 45 S. 616), weshalb ich die Weglassung schon in den Vorschlägen I bebauert habe (daf. Bd. 46 S. 63).

fertigung bedürfen, und gibt solche denn auch nur für die Regelung des in § 53 Abs. 1 behandelten Beschwerderechtes²⁸⁾.

3a. Die Begründung der Vorschläge II spricht selbst von einer reichsrechtlichen Kontrolle (S. 25). Aber der dafür angezogene § 71 gewährt ein Recht dazu bestenfalls in Ziff. 2²⁹⁾ und diese Kontrolle ist weniger des Strafvollzuges wegen als zugunsten Außenstehender geschaffen. Auch Art. 7 Ziff. 2 und 3 der Reichsverfassung³⁰⁾ befugen den Bundesrat nicht zur Aufsicht im eigentlichen Sinne, namentlich nicht zur laufenden, und sind nicht gedacht und geeignet, da der Zersplitterung vorzubeugen oder zu begegnen, wo sie nicht verboten ist. Gerade hier einzugreifen ist aber Kernpunkt und Ziel der Reichsaufsicht in meinem Sinne. Um so weniger trifft es zu, daß sie den Verdacht bedeute, die Bundesstaaten könnten sich ihren gesetzlichen Verpflichtungen entziehen wollen.

3b. Im übrigen legt § 71 der Vorschläge II dem Bundesrate so weitgehende Befugnisse bei, daß dieser ein Interesse daran haben muß, sich davon zu überzeugen, ob und wie seine Anordnungen ausgeführt werden, was auf die naturgemäße Weise durch seinen Vorstehenden,

²⁸⁾ S. 80.

Erwähnung ohne Besprechung findet der § 42 in v. Holkenborffs und v. Jagemanns Handbuch des Gefängniswesens Bd. 1 (1888) S. 153 durch letzteren und in Krohns Lehrbuch der Gefängniskunde (1889) S. 149.

Professor Dr. Kriegsmann (Einführung in die Gefängniskunde [1912]) bemerkt, daß das Reich eine ständige Kontrolle nicht ausübe (S. 158), erwähnt den Vorschlag der Einsetzung eines Reichsgefängnisrates (das. Anm. 5), weist darauf hin, daß durch den § 42 der Eingriff in die Selbständigkeit der einzelstaatlichen Verwaltung erst seine ganze praktische Tragweite empfangen hätte, und meint, daß der Zeitpunkt für den Gesetzentwurf zu früh gewählt gewesen sei (S. 80). Ein sicherer Schluß auf seine Stellungnahme zur Reichsaufsicht läßt sich aus diesen Ausführungen nicht ziehen.

Nach Professor Dr. Freudenthal (Deutsche Strafrechtszeitung Heft 8, 9 [1914] Spalte 492) darf man sich im ganzen grundsätzlich mit dem Entwurfe des Vereines der Deutschen Strafanstaltsbeamten und den in Hamburg dazu gefaßten Beschlüssen einverstanden erklären. Ob und inwieweit das von der Ablehnung der Reichsaufsicht gelten soll, bleibt dabei fraglich.

²⁹⁾ Einreichung von jährlichen Nachweisen über die Befolgung der Grundsätze für die Beschäftigung der Gefangenen gemäß § 31.

³⁰⁾ Auf den v. Jagemann a. a. O. sich stützt. § 42 des Entwurfes von 1879 ist nach der Begründung sachlich auf Art. 17 Satz 1 eingestellt, den der Bericht des Justizauschusses neben Art. 4 allein erwähnt. Diese zweite Bezugnahme geht unzweifelhaft die Ziff. 13 das. („Strafrecht“) an, erscheint mir aber nicht ganz ungezwungen.

den Reichskanzler, geschieht. Davon abgesehen, wäre es beinahe nicht verständlich, wenn das Recht bei einem so lange erwarteten und so wichtigen Gesetze eingehender Beaufsichtigung sich entschläge. Nach Art. 17 Satz 1 der Reichsverfassung steht dem Kaiser die Überwachung der Ausführung auch des Strafvollzugsgesetzes zu und das verfassungsmäßige Organ dafür ist der Reichskanzler.

Die Art der Überwachung wird nicht immer dieselbe zu sein brauchen und nicht allenthalben die gleiche sein können. Es kommt vielmehr auf den Gegenstand der Gesetzgebung und die Verhältnisse und Umstände, selbst die Personen, für die das Gesetz bestimmt ist und unter denen es zu wirken hat, an. Soll aber die Überwachung von wenigstens einigem Werte sein, so darf sie eines gewissen Inhaltes nicht entbehren. Wenn nicht bloß das Recht, sondern die Pflicht der Überwachung obliegt, der muß mindestens die Möglichkeit haben, selbst oder durch von ihm Beauftragte mittelst Augenscheinseinnahme sich eine selbständige Überzeugung zu verschaffen. Ohne das ist er auf Berichte von unter Umständen, sei es unmittelbar, sei es mittelbar, betroffener oder beteiligter Seite angewiesen. Auch die Begründung des Entwurfes von 1879 vertritt die Ansicht, daß aus der Reichsverfassung das Recht des Reiches sich ergebe, an Ort und Stelle den Stand des Strafvollzuges in den Einzelstaaten kennen zu lernen. Demzufolge sollte § 42 nur der „Beseitigung jedes Anstandes“, d. h. entweder jedes Zweifels oder jeder Empfindlichkeit, dienen.

Die schon wegen des Schwankens und der Abstimmungszahlen in beiden Lesungen lehrreiche Beratung des Bundesratsausschusses für das Justizwesen offenbart nun aber im Endergebnisse eine von derjenigen des Reichsjustizamtes so verschiedene Auffassung, daß das dem Reiche zustehende Recht der Beaufsichtigung und Überwachung seiner Gesetze genau genommen selbst dann in der Luft schwebt, wenn es auf Grund der Verfassungsartikel 4, 7 Abs. 1 Ziff. 2, 3, 17 Satz 1 zugleich in Anspruch genommen wird. Die Erwägungen gehen, weil grundsätzlicher Art, über den Rahmen des besagten § 42 hinaus. Soweit für die Entsendung von Kommissarien aus anderen als etwa Gründen der Höflichkeit ein Benehmen mit der Landesregierung vorausgesetzt wird, erscheint mir schon das als eine Beschränkung, die obendrein vielleicht den Zweck der Entsendung, der in der unvertuteten (vgl. § 18 Zwischensatz der Vorschläge I, § 72 Ziff. 3 Zwischensatz der Vorschläge II) als der sachdienlichsten Art der Beaufsichtigung bestehen kann, zu gefährden geeignet ist. Da nun aber gar

der § 42 als der Selbständigkeit der Einzelstaaten gefährdend gestrichen worden ist und außerdem der Umfang der Reichsaufsicht an sich soll „kontrovers werden können“, obwohl nicht zu ersehen ist, worin er denn nach diesen Erörterungen überhaupt besteht, so ist das verfassungsmäßig gewährleistete Recht des Reiches im allgemeinen ein wesenloser Schein, ein Messer ohne Hest, dem die Klinge fehlt. Nun ist aber für das Gebiet des Strafvollzuges die unmittelbare Wahrnehmung der Aufsichtsbehörden gerade so wichtig wie in Art. 63 Abs. 3 Satz 2 der Reichsverfassung für ein anderes. Der aus § 7 des Entwurfes hergeleitete Einwand geht fehl. Denn daß dort nicht ein verfassungsmäßiges Recht des Reiches für den Strafvollzug hat außer Kraft gesetzt werden sollen, ergibt sich ja gerade aus § 42 und die oberste Aufsicht der Landesregierungen in ihren Ländern schließt eine über ihr stehende Aufsicht des Reiches im Reiche nicht aus. Diese Zuständigkeit der Landesregierungen versteht sich vielmehr überall da von selbst, wo nicht das Gegenteil ausdrücklich bestimmt ist.

Nicht also die von mir in das Auge gefaßte, sondern die Reichsaufsicht im Sinne v. Jagemanns und v. Engelbergs ist, sofern sie überhaupt etwas bedeutet, Schablone und formalistisch und nicht sehr wirkungsvoll und es handelt sich nicht sowohl darum, neben der allgemeinen eine besondere Reichsaufsicht zu schaffen³¹⁾, als darum, der reichsverfassungsmäßigen Einrichtung die Möglichkeit sachlicher Betätigung zu gewähren. Einer solchen Reichsaufsicht bedarf es selbst bei der Beschränkung auf den Rahmen des Gesetzes, also unter Absehung von dem durch mich weiter gesteckten Ziele.

4. Ob die in Preußen und Sachsen bestehende Teilung des Strafvollzuges zwischen den Ministerien des Innern und der Justiz einen so großen Übelstand bildet³²⁾, daß die reichsgesetzliche Beseitigung

³¹⁾ Dies. a. a. O. Die Ablehnung der Reichsaufsicht durch die Kommission des Strafanstaltsbeamtenvereins dürfte in gleichem Sinne gemeint sein. v. Engelbergs mit den Richtlinien für ein Strafvollzugsgesetz sich beschäftigender Aufsatz in der Deutschen Strafrechtszeitung Heft 4/5 Spalte 177 ff. läßt vermöge seines Ausgangs- und Zielpunktes die Frage der Reichsaufsicht beiseite.

³²⁾ Die Begründung des Gegenentwurfes hält an dem vielbellagten „Dualismus“ fest (S. 81). Daß er neben nicht zu leugnenden starken Schattenmanche Lichtseiten aufweist, ist von mir (Blätter f. Gefängnisstudie Bd. 46 S. 319 bis 320, Bd. 48 S. 179 Anm. Abs. 2), von Landgerichtsrat Tourneau (das. Bd. 47 S. 486) und von Staatsanwalt Dr. Rosenfeld (Zeitschrift f. d. gesamte Strafrechtswissenschaft Bd. 35 S. 616) hervorgehoben worden.

angezeigt ist (§ 15 der Vorschläge I, § 72 Ziff. 1 Satz 2 der Vorschläge II), bleibe unerörtert. Darüber, wie die sächsische Regierung sich dazu verhält, verlautet bisher nichts, während den Zeitungen zufolge der preussische Minister des Innern nicht gewillt ist, sich ausschalten zu lassen. Da es demnach recht zweifelhaft ist, was aus der Forderung der Vorschläge werden wird, ist die Schaffung einer Stelle über ihm und dem Justizminister, die auf die gleichmäßige und einheitliche Durchführung des vom Reiche für das Reich gegebenen Strafvollzugsgesetzes hält, um so gebotener.

5. § 22 Ziff. 1 der Vorschläge II läßt Schärfungen und Milderungen der Strafe — muß heißen: des Strafvollzuges — durch Gesetze und Ausführungsvorschriften zu. Was unter letzteren zu verstehen, erhellt nicht. Ich habe gemeint, daß auch die Hausordnungen, die nach § 72 Ziff. 2a der Genehmigung einer Aufsichtsbehörde, also nicht notwendig der Obergewalt, bedürfen, die alle die Behandlung der Gefangenen, ihre Rechte und Pflichten regelnden reichs- und landesrechtlichen Vorschriften zu enthalten haben (§ 11) und die für die Jugendlichen in gewissen Dingen von den Vorschlägen abweichende Anordnungen sollen treffen dürfen (§ 49)³³) dahin gehören. Bei der Verhandlung über die Reichsaufsicht im Vereine wurde indessen namens der Kommission erklärt, es seien darunter landesrechtliche Gesetze und Verordnungen im Sinne des § 73 verstanden und mit den Verordnungen solche der Obergewalt gemeint. Ohne diese — gesetzlich festzustellende — Einschränkung³⁴) könnte es sich ereignen, daß beispielsweise in Preußen ein Regierungspräsident oder Oberstaatsanwalt Milderungen und Schärfungen, ein benachbarter, vielleicht in derselben Provinz, nur jene, ein anderer benachbarter nur diese, wieder ein anderer aus der Nachbarschaft weder diese, noch jene

Nach meiner Ansicht ist die Reichsaufsicht weit wichtiger als die Beseitigung der Zweispaltigkeit. Jene würde die Nachteile dieser wenig fühlbar werden lassen.

³³) Vgl. noch § 17 Ziff. 1, § 21 Ziff. 2, § 50 Satz 1.

³⁴) Nach § 72 Ziff. 1 Satz 1 verfügt, soweit nicht das Strafvollzugsgesetz die Zuständigkeit regelt, was im vorliegenden Falle nicht geschehen ist, das Landesrecht über diese. Es kann sie also den Aufsichtsbehörden beilegen und dann der oben geschilderte Zustand eintreten. Vgl. übrigens meine den § 51 Abs. 1 Ziff. 2 des Gegenentwurfes, der ebenfalls neben den gesetzlich vorgesehenen Vergünstigungen solche, aber nur solche, in Ausführungsvorschriften zulassen will, betreffenden Bedenken in den Blättern f. Gefängnisfunde Bd. 45 S. 618.

zuließe. Aber auch so bleibt die Möglichkeit, daß in den 26 Bundesstaaten bald so, bald so und vielleicht innerhalb Preußens und Sachsens noch ministerienweise verschieden verfahren wird. Dazu nun die aus dem für Schärfungen oder Milderungen oder beide zugleich möglichen Masse und Umfange sich ergebende Fülle von Unterschieden. Obenein kann man zwar aus § 23 Ziff. 1 schließen, daß als Milderung des Strafvollzuges die Gewährung von Vergünstigungen zu gelten hat, schweigen aber die Vorschläge darüber, was sie als Schärfungen ansehen. Die im Vorentwurfe enthaltenen und von der Strafrechtskommission mit Änderungen gutgeheißenen Schärfungen und die nach § 51 Ziff. 2 Abs. 2 der Vorschläge möglichen Schärfungen des Arrestes sollen in Zukunft gesetzlich zugelassen sein, scheiden also hier aus. Die Bemerkung der Begründung, daß es eine ungerechtfertigte Schärfung des Strafvollzuges an den Jugendlichen wäre, ihnen die Beschaffung von Zusatznahrungsmitteln zu verbieten (§. 62), ergibt nichts für den Begriff der Schärfungen, zumal die strengere Behandlung der Rückfälligen, die in Zurücksetzung bei Gewährung hausordnungsmäßiger Vergünstigungen, also auch der Zusatznahrungsmittel (§ 34 Ziff. 1), zu bestehen habe, als Ausfluß der Individualisierung zulässig sein soll (daß. §. 41). Außerdem ist die Versagung dessen, was nur gestattet werden kann, keine Schärfung und nennt § 23 Ziff. 1 den Strafwang ohne Vergünstigungen den regelmäßigen, so daß einerseits deren Nichtgestattung eine Schärfung nicht sein kann, andererseits, wenn sie es wäre, die Gestattung nicht eine Milderung sein könnte.

Wie dem nun aber sei, fehlt es an einer zum ausgleichenden Eingreifen berufenen Stelle, dann ist die Einheitlichkeit des Strafvollzuges in einem sehr bedeutsamen Punkte schwer gefährdet und die Möglichkeit gegeben, daß er in dem einen Staate zu gesetzlich nicht gewollter Härte ausartet, in dem vielleicht angrenzenden zu gesetzlich nicht gewollter Weichlichkeit verflacht. Was hülfte die an die Vorsteher gerichtete Mahnung der Begründung (§. 39), Ernst und Strenge nicht in Härte und Grausamkeit ausarten zu lassen, in jenem, Menschlichkeit nicht zur Schwäche und Nachgiebigkeit werden zu lassen, in diesem Falle?